

ALEXANDER TINSCHMIDT

Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy. Ziele – Chancen – Grenzen

»Uj tavaszi seregszemle« – »Neue Frühlings-Heerschau« – lautete die Überschrift des Leitartikels der Tageszeitung »Szabad Nép« vom 23. Oktober 1956, die Jugendzeitung »Szabad Ifjuság« veröffentlichte am selben Tage neben den Resolutionen der Universitätsjugend auf zwei Druckseiten die Rede des gerade wiedergewählten Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, *Wladyslaw Gomulka*, vom 20. Oktober, der sich auf dem VII. Plenum für eine grundlegende politische Umstrukturierung in Polen eingesetzt hatte. *Gomulka* wies unter anderem die Verleumdungen zurück, der Arbeiterstreik in Poznan vom 28. Juni 1956, bei dem es 50 Tote und 300 Verletzte gegeben hatte, wäre eine imperialistische Provokation gewesen. Er zitierte nochmals die Losungen der streikenden Arbeiter: »Es reicht! So kann es nicht weitergehen! Kehrt zurück von diesem bösen Weg!«

In der Aufbruchstimmung nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sprang der Funke von Polen nach Ungarn über, weckte dort vor allem bei den jungen reformkommunistischen Intellektuellen neue Hoffnungen und Sympathien. Die Machtpositionen der Diktatoren und stalinistischen Despoten zwischen Wladiwostok und Ostberlin drohten ins Wanken zu geraten. Es nimmt daher nicht wunder, daß die Ostberliner Nachmittagszeitung »BZA« vom 22. Oktober 1956, die mit dem Text der *Gomulka*-Rede bereits ausgedruckt war, beschlagnahmt und aus dem Handel gezogen wurde.

Im Oktober 1956 arbeitete ich als außenpolitischer Nachrichtenredakteur bei der Ostberliner »National-Zeitung«. Grundlagen der Berichterstattung bildeten die Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur ADN, ferner die Direktiven, die der Chefredakteur täglich vom Presseamt erhalten hatte. Auf unseren Schreibtischen lagen aber auch Westberliner Zeitungen, so »Die Welt« und »Der Tagesspiegel«. Außerdem konnte ich während der dramatischen Entwicklungen in Ungarn – da ich gerade Vormittagsdienst hatte – bis 22 Uhr in der Redaktion bleiben und den ungarischen Rundfunk hören: Budapest – ab dem 30. Oktober »Freier Sender Kosuth«, Miskolc und selten auch Moson-Magyaróvár; hörte die zahllosen Aufrufe, offiziellen und halbamtlichen Verlautbarungen – und dazwischen immer wieder die ungarische Nationalhymne oder den Gefangenenchor aus Verdis Oper »Nabucco«.

Alexander Tinschmidt – Jg. 1927, Dr. rer. pol., nach dem Studium der Hungarologie an der Humboldt-Universität zu Berlin zunächst journalistisch tätig, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Spezialgebiet Geschichte Ungarns.

Der Arbeitskreis Geschichte der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V. veranstaltete am 16. Oktober 1996 einen Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema: Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy – Ziele, Chancen und Grenzen – den einleitenden Text von Alexander Tinschmidt veröffentlichten wir nebenstehend.

Biographische Ergänzungen

Bibó, István: (1911-1979), ungarischer Politiker der Nationalen Bauernpartei, Anf. November 1956 Bildungsminister der Regierung von Imre Nagy, am 23. Mai 1957 verhaftet und am 2. August 1958 gemeinsam mit dem heutigen Staatspräsidenten Árpád Göncz zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, 1963 amnestiert.

Kádár, János: (1912-1989), ungarischer Politiker, illegale Tätigkeit in Ungarn bis 1945, danach im Politbüro, 1948-1950 Innenminister, 1951 verhaftet und verurteilt, 1954 rehabilitiert, 1956 wieder im ZK und Politbüro, im Oktober schloß er sich der Revolution an, ab 30. Oktober Mitglied der Regierung Imre Nagy, am 1. November nach Moskau gebracht, ab 4. November 1956 Vorsitzender der vom Kreml eingesetzten »Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung« (bis 1958), leitete 1957 bis 1985 als Erster Sekretär, bis 1988 als Generalsekretär die Ungarische Arbeiterpartei, 1988-1989 Parteivorsitzender.

Münnich, Ferenc: (1886-1967), ungarischer Politiker, lebte zwischen den beiden Weltkriegen in sowjetischer Emigration, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, nach 1945 Leiter der diplomatischen Vertretungen in Helsinki, Sofia und Moskau (1954-1956), sowie in Belgrad. Oktober 1956 Innenminister der Regierung von Imre Nagy, am 1. November mit János Kádár nach Moskau gebracht, ab 4. November 1956 Mitglied der Kádár-Regierung, 1958-1961 Ministerpräsident.

Einige Vorbemerkungen zur Quellenlage:

Zum Thema 1956 wurden bisher – wie man einschätzt – rund 500 Bücher, Monographien und Memoiren veröffentlicht – in Ungarn wie im Ausland. Seit der Wende öffneten sich auch viele Geheimarchive – in Rußland und in den USA, dennoch sind viele einschlägige Dokumente, darunter die Archive der Geheimdienste der damaligen Supermächte und auch Ungarns für die Forschung noch nicht freigegeben.

Vor wenigen Wochen, im September 1996, gab es in Budapest eine internationale Historiker-Konferenz zum Thema: »Ungarn und die Welt 1956«. Rund 80 aktive Teilnehmer, darunter 55 ausländische Gelehrte aus 14 Staaten erörterten den neuen Forschungsstand auf diesem Gebiet und konnten dabei u.a. auch auf einige Publikationen zurückgreifen; die jetzt vor mir liegen und die in diesem Jahr erschienen sind:

– »Döntés a Kremlben 1956«/»Entscheidung im Kreml 1956« mit 16 protokollartigen Aufzeichnungen über die Beratungen der obersten Parteiführung in Moskau – darunter mit dem chinesischen Politiker *Liu Shaoqi*, mit den nach Moskau gebrachten ungarischen Kommunisten *János Kádár* und *Ferenc Münnich*, am 2. und 3. November 1956, ferner enthält das Buch Berichte der beiden Emigranten Moskaus *Anastas Mikojan* und *Michail Suslow* aus Budapest und Berichte des sowjetischen Botschafters *Juri Andropow* an das Außenministerium;

– »Az 1956-os magyar Forradalom a világpolitikában«/»Die ungarische Revolution von 1956 in der Weltpolitik« lautet der Titel einer Dokumentensammlung von *Csaba Békés*, der 36 Dokumente aus Archiven Ungarns, der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zusammenstellte;

– Eine umfangreiche Monographie »1956« von *László Gyurkó* gelangte im Sommer dieses Jahres, anlässlich der Buchwoche, auf den Markt;

– »A fogoly Bibó István vallomásai az 1956-os forradalomról«/»Geständnisse des Gefangenen István Bibó über die Revolution von 1956«, erschienen ebenfalls in diesem Jahr. *István Bibó* war der von der Bauernpartei – damals Petöfi-Partei – entsandte Staatsminister der Regierung Nagy und weilte nach der zweiten militärischen Intervention der Sowjetarmee vom 4. bis 6. November als einziges Mitglied des Kabinetts im Parlament.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, eine Rezension dieser Bücher vorzutragen oder auch nur in wenigen Sätzen über ihren außerordentlich spannenden Inhalt zu berichten. Ich möchte mich darauf beschränken, aus dem Inhalt dieser Bücher einige neue Aspekte und Zusammenhänge abzuleiten und aus den Referaten der erwähnten Konferenz einige Forschungsergebnisse zu vermitteln. Dabei möchte ich meine Ausführungen um vier Thesen gruppieren und diese mit einigen Beispielen belegen.

Zur These 1:

Der Volksaufstand in Ungarn entwickelte sich aus primär inneren Ursachen, er brach explosionsartig, spontan aus und kam auch für die beiden Supermächte – die Sowjetunion wie die USA – uner-

wartet – hinsichtlich ihrer strategischen Konzeptionen sogar ungelegen. Beide Supermächte hatten für diesen Fall keine fertige Konzeption zur Krisenbewältigung.

Die Ursachen des Volksaufstandes in Ungarn waren vielschichtig, sie betrafen die politische und wirtschaftliche Entwicklung und lagen im Bereich der nationalen Gefühle. Ungarn wurde nach dem Zweiten Weltkrieg dem sowjetischen Machtimperium überlassen und sollte unter den Bedingungen des Kalten Krieges nach dem Willen der *Rákosi*-Clique zu einem Land aus »Eisen und Stahl« verwandelt werden. Die Politik der Machthaber hatte katastrophale Folgen: Das Lebensniveau sank rapide, der Reallohn je Erwerbstätigen lag im Jahr 1952 bei den Arbeitern um 17,7 Prozent, bei den Angestellten um 20,3 Prozent niedriger als 1949. In den Jahren 1951 bis 1953 besaßen rund 800 000 Bauernfamilien – und das waren zwei Drittel der Einzelbauern – kein ausreichendes Getreide für Saatgut und die eigene Ernährung.

Eine Orgie der Ungerechtigkeit erstreckte sich über das ganze Land: vom Kriegsende bis 1953 wurden 220 000 Personen interniert, Zehntausende als »Klassenfeinde« aus Budapest ausgesiedelt. Als *Imre Nagy* nach dem Tode *Stalins* – und auf Geheiß Moskaus – am 3. Juli 1953 zum ersten Male zum Ministerpräsidenten berufen wurde und im Zeichen eines – allerdings nur vorübergehenden »neuen Kurses« eine allgemeine Amnestie verkündete, betraf seine Verfügung rund 280 000 Verurteilte.

Zwei Jahre später, im April 1955, setzte *Rákosi* im Ergebnis einer Intrigenkampagne mit den Falken im Kreml die Demission von *Imre Nagy* durch und erreichte, daß *Nagy* aus der Partei ausgeschlossen und im November 1955 unter Hausarrest gesetzt wurde. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU erblickten die reformkommunistischen Intellektuellen, die »Schriftsteller-Opposition«, wie auch andere Patrioten aus verschiedenen Schichten in *Imre Nagy* ihre Leitfigur. Um die rebellierenden Gemüter zu besänftigen, kamen zwei sowjetische Politbüro-Mitglieder, *Anastas Mikojan* und *Michail Suslow* – im Juli 1956 nach Budapest: *Rákosi* mußte seinen Posten räumen, doch zu seinem Nachfolger wurde statt *Imre Nagy* der Vertraute Moskaus, der 58jährige *Ernö Gerö*. Geringe Veränderungen in der Parteiführung, halbherzige Reformversuche konnten aber die Revolution nicht mehr aufhalten – der Kollaps der Machthaber war unausweichlich.

Heute, nach vierzig Jahren, läßt sich ohne Voreingenommenheit feststellen – und dies war auch eine der Kernthesen der Budapester Konferenz –, daß nach der friedlich geplanten Demonstration vom 23. Oktober der aufgestaute Unmut und die Verbitterung der verschiedensten Strömungen mit elementarer Kraft zum Ausdruck kamen und die Ergebnisse durch die Bewegung der plötzlich frei gewordenen Massen einerseits – durch die schwankend unsichere, konzeptionslose Reaktion der Machthaber andererseits –, ferner durch das erste militärische Eingreifen der sowjetischen Besatzer, nämlich durch ihren Einmarsch in Budapest in der Nacht zum 24. Oktober spontan zu einer Revolution führten.

Der explosionsartige Aufstand fand dennoch beide Supermächte unvorbereitet – sie hatten in ihrer Außenpolitik andere Prioritäten.

Nagy, Imre: (1896-1958), ungarischer Politiker, 1921 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, war in der Landarbeiterbewegung tätig, 1926 Emigration in die UdSSR, Mitglied der ungarischen Parteiführung. Nach 1945 Minister für Landwirtschaft in der Provisorischen Regierung, verantwortlich für die Bodenreform, 15. November 1945-20. März 1946 Innenminister, 1949-1951 wegen »Rechtsabweichung« aus dem Zentralkomitee und dem Politbüro ausgeschlossen, ab 4. Juli 1953 Ministerpräsident (auf Druck Moskaus löst er damit Mátyás Rákosi als Regierungschef ab), am 14. April 1955 aus allen Staatsämtern entfernt und aus der Partei ausgeschlossen, am 13. Oktober 1956 Wiederaufnahme in die Partei, 23. Oktober bis 4. November 1956 Ministerpräsident, nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen zunächst Asyl in der jugoslawischen Botschaft, am 23. November 1956 durch sowjetische Behörden nach Rumänien deportiert. 1958 in einem Geheimeprozeß in Budapest zum Tode verurteilt und am 16. Juni 1958 hingerichtet.

Rákosi, Mátyás: (1892-1971), ungarischer Politiker, 1918 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, Mitbegründer der KP, 1919 Volkskommissar für Handel in der Räterepublik, danach Emigration in die UdSSR, 1924 wieder in Ungarn, 1926 zu 8 Jahren, 1935 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 1940 in die UdSSR entlassen, wo er die ungarische Exilpartei führte. Ab 1945 Funktionen an der Spitze der Partei und des Staates (14. 8. 1952-3. 2. 1957 Ministerpräsident),

auf Druck Chruschtschows im Juli 1956 Abdankung als Generalsekretär. Ende Oktober 1956 Flucht in die Sowjetunion, 1962 Ausschluß aus der Partei. Starb in Gorki.

Liu Chauqi: (1898-1969), chinesischer Politiker, ab 1949 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, ab 1945 Stellvertreter des Vorsitzenden der KP, ab 1956 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, während der Kulturrevolution von allen seinen Ämtern enthoben, verhaftet, starb im Gefängnis.

Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU im Jahre 1956 :

Nikita S. Chruschtschow (1912-1989),
N. A. Bulganin (1895-1975),
L. M. Kaganowitsch (1893-1991),
A. I. Kirischtschenko (1908-1975),
G. M. Malenkow (1912-1988),
A. I. Mikojan (1895-1978),
W. M. Molotow (1890-1986),
M. G. Perwuchin (1904-1978),
M. S. Saburow (1900-1977),
M. A. Suslow (1902-1982),
K. L. Woroschilow (1881-1969).

Kandidaten des Präsidiums:
L. I. Breshnew (1906-1982),
G. K. Shukow (1896-1974),
J. A. Furzewa (1910-1974),
D. T. Schepilow (1905-1995);
Juni 1956-Februar 1957
Außenminister der UdSSR),
N. M. Schwernik (1888-1970).

Die Führung der 1949 zur Atommacht gewordenen Sowjetunion und auch die Führung der USA waren sich nach der Berlin-Blockade von 1948 mit den möglichen, verheerenden Folgen eines nuklearen Weltkriegs im klaren und unternahmen dementsprechend alles, um die Entstehung eines direkten Konfliktes zwischen den Supermächten zu verhindern. Diese Grundhaltung führte langfristig zur strategischen Billigung des Status quo in Europa. Die Verhinderung eines globalen Weltkrieges behielt für beide Seiten das Primat.

Die sowjetische Führung betrieb nach dem Tode *Stalins* im Jahre 1953 eine wesentlich elastischere, pragmatischere Außenpolitik als zuvor. In ihr zeichneten sich folgende Tendenzen ab:

Erstens: Die Stabilisierung des europäischen Status quo durch eine vorsichtige Politik der Kompromisse wie zum Beispiel beim Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich am 15. Mai 1955: Die Sowjetunion zog ihre Truppen aus Österreich ab – ebenso wie auch die westlichen Großmächte, in der Form der Neutralitätserklärung erhielt sie die Garantie, daß Österreich nicht NATO-Mitglied werde und erreichte außerdem, daß Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn Mitglied der UNO werden. Der Status der Satellitenländer stand jedoch nicht zur Disposition, im Gegenteil, als die Rechtsgrundlage für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien durch den Staatsvertrag entzogen wurde, unterzeichneten die Staaten des Ostblocks – einen Tag zuvor, am 14. Mai 1955 – den Warschauer Pakt.

Zu den Schritten Moskaus zählten auch die Genfer Konferenz vom Juli 1955, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland im September 1955 sowie der Besuch Bulganins und Chruschtschows in London im April 1956.

Zweitens: Die Sowjetunion schenkte den neuen unabhängigen Staaten der Dritten Welt zunehmende Aufmerksamkeit und bemühte sich, das sowjetische Gesellschaftsmodell als ein anziehendes Beispiel für den Staatsaufbau dieser Länder hinzustellen.

Drittens: Zu den außenpolitischen Zielsetzungen der Sowjetunion gehörte auch, die Meinungsverschiedenheiten mit Jugoslawien zu beseitigen und das Land allmählich wieder in das sozialistische Lager zu integrieren. Nach dem Besuch Bulganins und Chruschtschows in Belgrad (Mai 1955) wurde auch die jugoslawische These akzeptiert, daß zum Sozialismus neben dem sowjetischen Modell auch andere Wege führen können.

Die Außenpolitik der USA gegenüber den in die sowjetische Interessensphäre gelangten Staaten Ost- und Südosteuropas war nach der Amtsübernahme der Eisenhower-Administration im Januar 1953 von einer besonderen Ambivalenz geprägt: Eisenhower und sein Außenminister John Foster Dulles hatten schon während ihrer Wahlkampagne die Politik der friedlichen Befreiung der sogenannten »versklavten Völker« verkündet – der Hinweis auf diesen Kurs bildete bis Oktober 1956 eine ständige Komponente der Regierungserklärungen – wie auch der Propagandasendungen der diversen, auch offiziell geförderten Rundfunkstationen, wie der Sender »Freies Europa« und »Stimme Amerikas«.

In der Wirklichkeit aber waren die USA und ihre Verbündeten

daran interessiert, einen bewaffneten Zusammenstoß mit der Sowjetunion um jeden Preis zu verhindern und die nach dem Tode Stalins erkennbare Beweglichkeit der sowjetischen Außenpolitik für die eigenen Interessen zu nutzen. Die Suche nach einem *modus vivendi* nahm zu, nachdem die USA-Führung 1955/1956 Informationen darüber erhalten hatte, daß die Sowjetunion bei der Entwicklung der interkontinentalen ballistischen Raketen unerwartet schnelle Fortschritte erzielt habe.

Mit anderen Worten: Millionen in Osteuropa hörten an den Lautsprechern die Erklärung der Regierung der USA vom 30. Dezember 1955: »Die Befreiung der versklavten Völker war und ist ein Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik und wird es – bis der Erfolg errungen ist – bleiben«. (»Archiv der Gegenwart«, Jg. 1955, S. 5542)

Nicht für die Öffentlichkeit waren hingegen die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates der USA bestimmt, die angesichts der Entwicklungen in Polen und Ungarn im Sommer 1956 gefaßt worden sind. In dem Beschluß 5608 vom 18. Juli 1956 hieß es, in der gegebenen weltpolitischen Situation seien die Möglichkeiten der USA, die Loslösung der Ost-Mitteleuropäischen Staaten von der Sowjetunion zu fördern, außerordentlich eingeschränkt, die Regierung müsse daher danach streben, in diesen Staaten als ersten Schritt auf dem Wege zur wahren Unabhängigkeit die Machtübernahme der nationalkommunistischen politischen Kräfte zu unterstützen. Diese Empfehlung wurde vom Planungsausschuß des Nationalen Sicherheitsrates in seiner Vorlage Nr. 5616 vom 31. Oktober 1956 erneut bestätigt. Die Zusage einer möglichen militärischen Unterstützung war *nicht* dabei.

Zur These 2 :

Die Unzufriedenheit mit dem stalinistischen Regime erfaßte 1956 alle Schichten der Bevölkerung – folglich waren an dem Volksaufstand von Anbeginn unterschiedliche Strömungen vertreten, parallel anwesend: die sozialistische und plebejische Linke, die ein neues gesellschaftlich-wirtschaftliches Modell forderte; die Reformkommunisten, die sich für eine Revolution der Korrektur einsetzten; ebenso aber auch die konservativen, rechtsorientierten Kräfte, die wiederum alle Formen des Sozialismus, nicht nur die stalinistische Despotie ablehnten. Professor *György Litván* vom 56-er Institut betonte auf der erwähnten Budapester Historikerkonferenz, daß diese Strömungen und die hinter ihnen stehenden bewaffneten und unbewaffneten Gruppierungen nicht nur parallel anwesend waren, sondern auch miteinander konkurrierten, zunächst potentiell, danach auch tatsächlich. Entsprechend der wechselnden Zusammensetzung und Aktivität der verschiedenen Strömungen der Aufständischen veränderten und radikalisierten sich die Zielsetzungen – innenpolitisch zur Schaffung neuer demokratischer Organe, der Nationalräte und der Arbeiterräte in den Betrieben, und außenpolitisch zur Forderung der nationalen Unabhängigkeit.

Im Mittelpunkt der außenpolitischen Forderungen – und auch des von Ministerpräsident *Imre Nagy* am 28. Oktober 1956 abends

Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz:

1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität des anderen,
 2. Gegenseitiger Nichtangriff,
 3. Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen,
 4. Gleichheit und gegenseitiger Nutzen,
 5. Friedliche Koexistenz.
- (aus der Präambel des Vertrages zwischen der Volksrepublik China und der Republik Indien über den Handel und den Verkehr zwischen der Tibet-Region von China und Indien vom 24. 4. 195

Aufzeichnungen über die Beratung des KPDSU-Präsidiums am 28. Oktober 1956 (Auszüge)

Chruschtschow: Die Lage verschlechtert sich...Kádár neigt dazu, mit den Widerstandszentren Verhandlungen zu führen.

...Die Arbeiter unterstützen den Aufstand, deshalb wollen sie die Bezeichnung »konterrevolutionärer Aufstand« verändern.

...Suslow soll nach Moskau kommen.

Woroschilow: Wir sind schlecht informiert. Mikojan und Suslow verhalten sich passiv. Wir sind in einer schlechten Situation. Wir müssen unseren eigenen Kurs ausarbeiten und einen Teil der Ungarn diesem Kurs anschließen lassen...

Kaganowitsch: ...Wir müssen den Arbeitern und den Bauern gewisse Konzessionen machen. Wir müssen Kádár Hinweise geben, damit er die Bewegung neutralisiert...

Bulganin: Kádár ist ins Schwanken geraten. Das Wichtigste, daß wir von Kádár eine größere Entschlossenheit fordern. Das Folgende müssen wir machen: Rufen wir Mikojan zum Telefon und sagen ihm: Das Politbüro des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen soll entschlossen handeln, sonst handeln wir an ihrer Stelle. Vielleicht müssen wir selbst eine Regierung ernennen.

... Chruschtschow: Wir müssen mit den Tatsachen rechnen.

...Es gibt zwei Varianten: Die (ungarische) Regierung handelt, wir helfen. Das kann schnell zu Ende gehen. Oder aber: Nagy wendet sich gegen uns und ver-

verkündeten Programms – stand die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität sowie die Erklärung, daß der sofortige Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest vereinbart worden sei und daß die ungarische Regierung Verhandlungen initiieren werde über den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ungarn.

Mit diesen Erklärungen folgte der Kommunist *Imre Nagy* der Radikalisierung des Volksaufstands – und seine späteren Schritte, die Neutralitätserklärung und der Austritt aus dem Warschauer Vertrag am 1. November 1956 und sein Ersuchen an den Generalsekretär der UNO, *Dag Hammarskjöld* vom 2. November, die Großmächte zur Anerkennung der Neutralität Ungarns aufzufordern – diese Erklärungen bildeten nur die Antwort der *Nagy*-Regierung auf das zögernde Verhalten der Sowjetunion und auf die sich mehrenden Anzeichen des Einmarsches neuer Einheiten in das Land.

Mit diesem außenpolitischen Programm war *Imre Nagy* der allgemeinen Stimmung im Lande gefolgt, er wurde von allen Aufständischen akzeptiert – und war außerdem treu und konsequent in seinem eigenen Standpunkt !

Ein kurzer Blick auf die Auffassungen von *Imre Nagy* gibt dafür die Erklärung: In den Wintermonaten 1955/1956, als er in Hausarrest war, verfaßte er mehrere Denkschriften und Studien, die er dem sowjetischen Botschafter *Juri Andropow* und in 10 Exemplaren der damaligen Parteiführung unter Rákosi übermittelte. Die wichtigste dieser Studien trug den Titel: »Die fünf Prinzipien der internationalen Beziehungen und die Frage unserer Außenpolitik«. In dieser Studie bezog sich *Nagy* auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, auch »Pancha Sila« genannt, die erstmals in der Präambel des Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik China und Indien von 1954 formuliert und in die Deklaration der Bandung-Konferenz von 29 afro-asiatischen Staaten vom 18. bis 24. April 1954 aufgenommen wurden und danach in verschiedenen bilateralen Erklärungen ihre Bekräftigung fanden.

Was *Imre Nagy* diesen Prinzipien hinzufügte, war damals im kommunistischen Machtbereich revolutionär und mutig. *Nagy* schrieb: »Die fünf Prinzipien können sich nicht nur auf das kapitalistische System oder auf den Kampf zwischen den beiden Systemen beschränken, sondern sie müssen auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb des demokratischen und sozialistischen Lagers erweitert werden«, sie seien »unveränderlich gültig und gleichartig zu verstehen, unabhängig von der Gesellschaftsordnung der einzelnen Staaten: Die Begriffe – Nationale Unabhängigkeit, Souveränität, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Nichteinmischung – haben dieselbe Bedeutung in jedem Lande, auch gegenüber jedem anderen Staat, seien sie kapitalistisch, sozialistisch, vorübergehend volksdemokratisch und Staaten anderen Typs«.

Im Klartext bedeutete das: Nicht nur die Westmächte sollten ihren Kolonien die Unabhängigkeit gewähren, auch die Sowjetunion sollte die Souveränität der Volksdemokratien, und somit auch Ungarns, achten und sich in ihre Angelegenheiten *nicht* einmischen.

In dieser, kurz vor dem XX. Parteitag der KPdSU verfaßten Studie ging Imre Nagy von den grundlegenden Interessen des ungarischen Volkes aus und forderte eine selbständige, nationale Außenpolitik: »Es ist das souveräne Recht des ungarischen Volkes, zu bestimmen, in welcher Form es den günstigsten internationalen Status zur Sicherung seiner nationalen Unabhängigkeit, Souveränität, Gleichberechtigung und friedlichen Entwicklung erblickt.« Im Sinne der Vorstellungen von Ludwig Kossuth ist auch von einem engen Zusammenschluß Ungarns mit den Nachbarvölkern die Rede, von der Möglichkeit einer »Föderation der Völker des Donau-Tals«, zumal diese Politik auch für die Sowjetunion die sicherste Garantie bieten würde, um jedweden Chauvinismus und Antisowjetismus zu verhindern.

In diesen Auffassungen von *Imre Nagy* waren bereits wichtige Grundprinzipien seines außenpolitischen Programms – und Verhaltens als Ministerpräsident im Oktober 1956 vorprogrammiert.

Zur These 3 :

Gab es Chancen, dieses außenpolitische Programm zu verwirklichen ?

In den Tagen des Volksaufstandes sah sich *Imre Nagy* vor die Aufgabe gestellt, seine eigenen, für eine langfristige evolutionäre Entwicklung formulierten Vorstellungen mit den sich zunehmend radikalisierenden Forderungen der Aufständischen in Einklang zu bringen. Er bemühte sich, die nach Budapest entsandten Emisäre *Mikojan* und *Suslow* davon zu überzeugen, daß er bei entsprechender sowjetischer Unterstützung fähig sei, die Lage zu konsolidieren, politische Lösungen zu finden und ein militärisches Eingreifen zu verhindern. Bereits am 25. Oktober bezeichnete er es als einen Fehler, daß die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen auf Befehl Moskaus alarmiert wurden, ihre Einheiten in Budapest einmarschiert sind.

Als die sowjetische Parteiführung am Abend des 23. Oktober, nach Informationen von *Andropow*, *Gerö* und Marschall *Shukow* über die Lage in Ungarn beriet, war das Gremium – laut Protokoll – einmütig für den Einmarsch in Budapest – lediglich *Mikojan* wandte sich dagegen: »Wenn unsere Truppen einmarschieren, verderben wir uns unsere Sache«, »versuchen wir es mit politischen Lösungen«, »Ohne *Nagy* können wir der Bewegung nicht Herr werden«. Die Entscheidung fiel, der Einmarsch wurde beschlossen, 31 500 Sowjetsoldaten in Ungarn in Alarmzustand versetzt – der »Ungarn-Kenner« *Mikojan* und der »Falke« *Suslow* nach Budapest entsandt. Nur das Ersuchen der ungarischen Regierung fehlte – als *Imre Nagy* am 27. Oktober, also vier Tage später, ein vordatiertes Dokument mit dem formalen Ersuchen nach sowjetischer militärischer Unterstützung zur Unterschrift vorgelegt wurde, lehnte er die Unterschrift ab – schließlich hat sein Vorgänger, *András Hegedüs* die Unterschrift geleistet.

Die sowjetische Parteiführung beriet während des ungarischen Volksaufstands nahezu permanent über die Lage – schon am 24. Oktober in erweitertem Rahmen – mit Politikern aus Bulgarien (*Shiwkow*), aus der CSSR (*Nowotny*) und aus der DDR (*Ulbricht*,

langt die Feueereinstellung und den Abzug der Truppen. Dann folgt die Kapitulation. Welche Varianten sind möglich?

1. Die Bildung eines Ausschusses, der die Macht ergreift, dies wäre die schlimmste Variante, wenn wir handeln,

2. Die gegenwärtige Regierung (*Nagy*) erhalten, die Beauftragten der Regierung in die Provinzen schicken. Dazu ist eine Plattform notwendig. Eventuell einen Aufruf an die Bevölkerung richten, an die Arbeiter, an die Bauern und die Intelligenz, sonst schießen wir nur.

3. Sollten nicht die Chinesen, Bulgaren, Polen, Tschechen und Jugoslawen einen Aufruf an die Ungarn richten ?

4. Die bewaffneten Kräfte der Aufständischen energisch niederschlagen. Die Genossen *Breshnew*, *Pospjelow*, *Schepilow* und *Furzewa* sollen die Dokumente ausarbeiten.

...Unterstützen wir die gegenwärtige Regierung, wenn sie eine solche Erklärung abgibt ? Unterstützen wir sie, es gibt keinen anderen Ausweg !« (Gemeint ist die Regierungserklärung von *Imre Nagy* vom 28. 10. über die Einschätzung der Ereignisse als »nationale und demokratische Erhebung«.)

...

Bulganin: Wir müssen die Schlußfolgerung ziehen: Es gibt in Budapest Kräfte, die die Regierung *Nagy* – *Kádár* stürzen wollen. Unser Standpunkt muß sein, daß wir die gegenwärtige Regierung unterstützen. Ansonsten müßten wir zur Besetzung schreiten; daß würde uns ins Abenteuerium stürzen.

[Gegen Ende der Beratung traf *Suslow* aus Budapest

kommend, wieder in Moskau ein. Nach seinem Bericht wurde die Diskussion fortgesetzt.]

Shukow: Mikojan handelt falsch, treibt uns zur Kapitulation.

Schepilow: Wenn wir Konzessionen machen, so wird das als Schwäche angesehen.

Chruschtschow: Eine neue Etappe begann. Wir sind mit der Regierung (Nagy) nicht einverstanden. Wir müssen einen Aufruf an unsere Truppen richten, ... die Truppenverstärkung sichern.

Aus der Beratung vom 30. Oktober:

Schepilow: Der Verlauf der Ereignisse zeigte, daß sich unsere Beziehungen mit den volksdemokratischen Ländern in einer Krise befinden. In weiten Kreisen verbreitete sich die antisowjetische Stimmung. Wir müssen die tieferen Ursachen aufdecken... Elemente der Befehlserteilung ausschalten... eine ganze Reihe von Maßnahmen ausarbeiten... In Übereinstimmung mit der Regierung Ungarns sind wir bereit, unsere Truppen aus dem Lande abziehen.

Dann müssen wir einen langen Kampf gegen den Nationalkommunismus führen.

Aus der Beratung am 31. Oktober 1956:

Chruschtschow: ...Mit einem Truppenabzug würden wir die Schwäche unserer Positionen demonstrieren. Unsere Partei würde uns nicht verstehen. Neben Ägypten würden wir ihnen auch Ungarn überlassen. ...Wir müssen eine Provisorische Re-

Grotewohl und *Stoph*). – Daß dabei *Ulbricht* in einem 45 Minuten währenden Referat die fehlende Auseinandersetzung mit falschen Ideologien in Polen und in Ungarn, im Petöfi-Kreis kritisierte, sei hier nur am Rande vermerkt! – Weitere Beratungen erfolgten mit dem chinesischen Politiker *Liu Shaoqi* – am 24. und 30. Oktober – mit dem inzwischen zeitweilig zurückgekehrten Emissär *Suslow* am Abend des 28. Oktober, also nach der Regierungserklärung von *Imre Nagy*, in der er den Volksaufstand als »nationale und demokratische Erhebung« bezeichnete – und mit dem zurückgekehrten *Anastas Mikojan* am 1. November.

Die Aufzeichnungen über diese Beratungen lassen erkennen, daß es in der obersten sowjetischen Führung viele, langwierige Auseinandersetzungen darüber gegeben hat, ob *Imre Nagy* unterstützt werden könne oder eine militärische Lösung, ein zweiter Einmarsch notwendig sei. Sehr bald zeichneten sich die beiden Gruppierungen ab, die der »Falken« mit *Molotow*, *Woroschilow*, *Bulganin* und *Kaganowitsch* – und die der »Liberalen«, zu denen unter anderem *Malenkow*, *Mikojan* und zeitweilig auch Marschall *Shukow* gehörten.

Im Hinblick auf Chancen und Grenzen der ungarischen Außenpolitik führte die genauere Auswertung der Auseinandersetzungen in Moskau zu mehreren, zum Teil neuen Erkenntnissen:

Erstens: In der sowjetischen Führung herrschte hinsichtlich des weiteren Vorgehens gegenüber Ungarn mehrere Tage hindurch schwankende Unsicherheit. Es gab aber – für einen längeren Zeitraum als bisher angenommen – gewisse Chancen für eine Akzeptierung des Kurses von *Imre Nagy* – gleichzeitig erschienen jedoch sehr zeitig Überlegungen zugunsten eines aktiven politisch-militärischen Eingriffes. Am Beispiel der Beratungen am Abend des 28. Oktober, also nach der Regierungserklärung von *Imre Nagy* mit der Umbewertung der Ereignisse läßt sich diese Feststellung belegen:

Die einleitende Einschätzung hielt Chruschtschow. Er ging davon aus, daß die Situation kompliziert sei; die Arbeiter unterstützen den Aufstand, an vielen Orten werden die Eisenbahnschienen aufgerissen. Man müsse aber mit den Tatsachen rechnen: »Sollen wir die gegenwärtige Regierung unterstützen, wenn sie solche Erklärungen abgibt?« – und seine Antwort lautete: »Unterstützen wir sie, es gibt keinen anderen Ausweg!« (S. 39).

Angesichts der Einwände von *Molotow* und *Bulganin*, »um uns kümmern man sich in Budapest nicht mehr« und »die ungarische Parteiführung müsse entschlossener handeln,... sonst werden wir an ihrer Stelle handeln« – angesichts dieser Einwände entwickelte *Chruschtschow* in derselben Sitzung die – wie er sie nannte – »schlimmste Variante«, wenn wir einen Ausschuß – das heißt Regierung – bilden, der die Macht übernimmt, einen Aufruf an die Bevölkerung erläßt und die bewaffneten Kräfte der Aufständischen energisch niederschlägt. *Breshnew*, Außenminister *Schepilow* und *Jekaterina Furzeva* sollen die entsprechenden Dokumente, Aufrufe usw. ausarbeiten. Außerdem sollten Konsultationen mit den Parteiführungen von China, Bulgarien, Polens der Tschechoslowakei und Jugoslawiens stattfinden. Das Drehbuch

war bereits fertig – die Entscheidung fiel aber noch zugunsten von Imre Nagy aus.

Während der Beratungen, in der Nacht zum 29. Oktober, traf Suslow aus Budapest kommend, in Moskau ein und berichtete über die aktuelle Situation: Die Arbeiter verlassen die Betriebe, es entstünden Arbeiterkomitees und das Verhältnis zu den sowjetischen Truppen habe sich verschlechtert. Als Ursache nannte er – wörtlich – »das Auseinanderjagen« der Demonstration vor dem Parlament, bei der 200 zivile Demonstranten getötet wurden – Suslow nannte allerdings nur 70 Tote. Die sowjetischen Truppen hätten bislang 600 Tote zu beklagen.

An dieser Stelle setzte eine mehrfache scharfe Kritik an der zurückweichenden Haltung *Mikojans* ein – und *Chruschtschow* erklärte, »eine neue Etappe begann«.

Zweitens: Als eine gewisse Chance für die ungarische Außenpolitik könnte man noch die offizielle »Erklärung der Sowjetregierung über die Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Staaten« vom 31. Oktober 1956 nennen, die zwar langfristig vorbereitet – angesichts der Ereignisse in Polen und Ungarn jedoch aktualisiert wurde. In ihr bekundet die Sowjetunion ihre Bereitschaft, mit Ungarn und anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages »entsprechende Verhandlungen über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf ungarischem Territorium aufzunehmen«. Bei der endgültigen Verabschiedung dieser Erklärung in der Moskauer Parteiführung ging Außenminister Schepilow am weitesten und erklärte (S. 53), die Truppen müßten aus Budapest, wenn notwendig auch aus Ungarn abgezogen werden: »Man kann nicht gegen den Willen des Volkes regieren« (S. 54)

Die Entscheidung fiel am 31. Oktober 1956 – nach einer Nacht der Wende: Damit waren die *Grenzen* der ungarischen Außenpolitik unter *Imre Nagy* endgültig abgesteckt: Ungarn darf nicht aus dem Sowjetimperium ausscheiden !

Zur These 4 :

Ein unglückliches Zusammenspiel mehrerer Faktoren führte letztendlich dazu, daß sich die Kreml-Führung am 31. Oktober für die militärische Intervention entschied. Marschall Ivan Konjew, Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, erhielt den Befehl, den Truppenaufmarsch gegen Ungarn im Sinne des Operationsplanes »Wirbelsturm« zu intensivieren. Weitere 25000 sowjetische Soldaten strömten in das Land, so daß nach dem 4. November, dem Tag des Überfalls, über 58000 Sowjetsoldaten an der militärischen Aktion beteiligt waren.

Aus dem Verlauf der Diskussion und den Ausführungen Chruschtschows werden mehrere Momente sichtbar, die Moskaus Eingreifen rechtfertigen sollten: Es ging vor allem um den Schutz des Prestiges des Sowjetimperiums, zumal ein Truppenabzug aus Ungarn die Schwäche der UdSSR bezeugen würde. Ein solcher Schritt würde die Amerikaner, Engländer und Franzosen nur ermuntern, sagte *Chruschtschow* mit dem Hinweis auf den englisch-französischen Überfall auf Ägypten: Neben Ägypten würden wir ihnen auch Ungarn überlassen«.

volutionäre Regierung unter der Leitung von Kádár bilden, besser wäre, wenn Münnich Ministerpräsident wird. ... Diese Regierung laden wir ein, z. B. zu Beratungen über den Truppenabzug und lösen die Frage. Ist Nagy damit einverstanden, nehmen wir ihn als Stellvertretenden Ministerpräsidenten in die Regierung... Einen großen Krieg wird es nicht geben.

Aus der Beratung am
2. November 1956:

Kádár: ...Wir sprachen mit den Aufständischen, es waren Arbeiter, Leiter von aufständischen Truppen, ... sie waren für die Beseitigung der Rákosi-Clique. Sie kämpften für den Abzug der Truppen, für die volksdemokratische Ordnung. In der Provinz: Es gab Massendemonstrationen, ihr Ziel war es aber nicht, das volksdemokratische Regime zu stürzen, viele Forderungen betrafen die Demokratisierung, es waren auch soziale Forderungen. Das haben wir anfangs nicht gesehen, wir schätzten es als Konterrevolution ein, und haben dadurch die Menschen gegen uns gewandt [gewendet], sie fühlten sich nicht als Konterrevolutionäre. Ich nahm auch persönlich an einer Versammlung teil, niemand wollte die Konterrevolution...man muß aber sagen, daß alle den Abzug der sowjetischen Truppen forderten.

[Zu den Beschlüssen der Nagy-Regierung über die Neutralität und den Appell an die UNO sagte Kádár:] Ich habe gestern für diese beiden Entscheidungen der Regierung gestimmt. Werden die sowjetischen Trup-

pen innerhalb einer kurzen Zeit (in zwei bis drei Monaten) abgezogen – es ist wichtig, daß es eine Entscheidung über den Truppenabzug gibt – dann könnte unsere Partei mit den anderen Parteien den Kampf gegen die Konterrevolution aufnehmen...

Erfolgt die Wiederherstellung der Ordnung mit bewaffneten Kräften, dann schadet das dem Ansehen der sozialistischen Länder.

Von großer Bedeutung scheint aber auch der Satz gewesen zu sein: »Einen großen Krieg wird es nicht geben !« (S. 63).

Damit gab er zu erkennen, daß die Signale aus Washington angekommen seien, wonach die *Eisenhower*-Administration nicht daran denke, die Regierung *Imre Nagy* – über verbale Sympathiebekundungen hinaus – durch eine militärische Hilfeleistung zu unterstützen, das heißt: Die USA werden wegen Ungarn keinen nuklearen Krieg der Supermächte heraufbeschwören.

Präsident *Eisenhower* hatte am 25. Oktober – ohne besondere politische Verpflichtungen zu bekunden – seine Bewunderung gegenüber dem Freiheitskampf des ungarischen Volkes zum Ausdruck gebracht. Außenminister *Dulles* erklärte am 27. Oktober in Dalles, bei gleichzeitiger Bekundung seiner Sympathie für den Freiheitswillen der »versklavten Völker«, die USA betrachten »diese Nationen nicht als ihre potentiellen militärischen Verbündeten« (S. 121/Békés). Darüber hinaus wurde *Henry Cabot Lodge*, UNO-Vertreter der USA, beauftragt, vor dem Welt Sicherheitsrat am 28. Oktober die entsprechende Passage aus der Rede des Außenministers zu zitieren; und *Charles Bohlen*, USA-Botschafter in Moskau am 29. Oktober der Auftrag gegeben, die Aufmerksamkeit der sowjetischen Politiker – und besonders von Marschall *Shukow* – auf die Ausführungen des USA-Außenministers zu lenken. Bei zwei diplomatischen Empfängen in Moskau am 29. Oktober – anlässlich des türkischen Nationalfeiertages und zu Ehren des Ministerpräsidenten von Afghanistan – gab es dazu reichlich Gelegenheit.

Vor dem Hintergrund dieser offiziellen USA-Politik können manche Sendungen des Senders »Freies Europa«, Durchhalteappelle des Militärkommentators Oberst *Bell* noch am 6. November, als unverantwortliche Irreführung oder als Beleg der psychologischen Kriegführung bezeichnet werden. Der Sender »Freies Europa«, der über das »Komitee Freies Europa« finanziert und geleitet wurde, hatte 1956 rund 1200 Mitarbeiter, davon allein in der Sendegruppe Ungarn 120. Die Programme wurden über 21 Kurzwellensender und 2 Mittelwellensender in alle Staaten des Warschauer Vertrages übertragen. Darüber hinaus wurden ab 1954 mit speziellen Luftballons Propagandamaterialien auf das Gebiet Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns gebracht. Bei den einzelnen Programm-Redaktionen gab es »politische Berater« aus den USA, die aus New York ihre Richtlinien erhielten, wie das umgekehrt durch sowjetische »Berater« beim ungarischen Rundfunk erfolgte. Dennoch, es entsprach dem Demokratieverständnis der USA, daß in der ungarischen Redaktion alle politischen Strömungen vertreten sein sollten, in einer Skala von dem Kommunisten *Körösi-Krizsán*, über Vertreter der demokratischen und Koalitionsparteien der Zeit nach 1945, wie auch konservative Journalisten der *Horthy-Zeit* und durch *Emil Csonka* auch Pfeilkreuzler. Die Einflußnahme der konservativen, rechten, antikommunistischen Kräfte auf das Programm war sehr intensiv, so daß selbst die nach 1956 im Exil lebende ungarische Sozialdemokratin *Anna Kethly* erklären mußte: »Der Sender Freies Europa hat schwere Schuld auf sich geladen, indem er das ungarische Volk glauben machen

wollte, es bekäme westliche Hilfe, und dabei wurde solche Hilfe nicht einmal geplant.«

Ein weiteres Charakteristikum der Sendungen bestand darin, daß alle Angriffe – getreu der USA-Politik – auf den »Lügner«, »Volksmörder«, »Moskau-Quisling« *Imre Nagy* konzentriert wurden, und nach der 302. Beratung des Nationalen Sicherheitsrates am 1. November 1956, in der CIA-Direktor *Allan Dulles* als »schwierigstes Problem Ungarns« bezeichnet hatte, daß es im Lande keine »starke Führungspersönlichkeit« gäbe und daher an Stelle von *Imre Nagy* Kardinal *Mindszenty* als Führungsgestalt vorschlug, der Sender Freies Europa die Losung »Mindszenty an die Spitze« zum Leitmotiv erhob.

Doch zurück zu der Entscheidung in Moskau:

Die Kreml-Führung hatte auch aus London und Paris Signale erhalten, daß diese eine zurückhaltende Politik betreiben und – im Hinblick auf ihre bevorstehende Aggression im Nahen Osten – Diskussionen in der UNO über [die !] »Verletzung der Menschenrechte« usw. vermeiden möchten.

Eher als Moskau hat auch die chinesische Führung den Standpunkt geäußert – über Liu Shaoqi nach Moskau übermittelt –, daß Ungarn nicht aus dem »sozialistischen Lager« entlassen werden dürfe. Die Politiker Polens, der Tschechoslowakei und Rumäniens, sowie Marschall *Tito*, bestärkten *Chruschtschow* bei den Verhandlungen am 1. und 2. November ebenfalls in der Entscheidung zugunsten eines militärischen Eingreifens.

In dieser Situation wurden *János Kádár* und *Ferenc Münnich* aus Budapest nach Moskau gebracht – *Mikojan* und *Suslow* kamen ebenfalls zur Beratung der sowjetischen Parteiführung. Hier gab es noch einige scharfe Auseinandersetzungen zwischen den »Falken« und den »Liberalen«.

Am 1. November versuchte *Mikojan* noch einmal, die militärische Lösung zumindest zu vertagen. »Mit der Anwendung von Gewalt kommen wir nicht weiter. Wir müssen Verhandlungen beginnen, 10 bis 15 Tage warten [... diese Regierung weiter unterstützen.] (S.69).

Suslow meinte hingegen, »nur durch die Besetzung können wir uns eine Regierung sichern, die uns auch unterstützt !«, und Außenminister *Schepilow* ging sogar weiter, »Wenn wir nicht entschlossen handeln, zerfällt die Sache auch in der Tschechoslowakei«.

Zwei erweiterten Beratungen des Präsidiums nahmen auch *János Kádár* und *Ferenc Münnich* teil – am 2. und am 3. November 1956. Die Ausführungen *Kádárs* widerspiegelten in wichtigen Punkten den Standpunkt *Imre Nagys* vom 1. November. So befaßte er sich mit dem Charakter des Volksaufstandes – das Ziel der Massenkundgebungen war es nicht, das volksdemokratische System zu stürzen; durch die Bezeichnung »Konterrevolutionäre« »haben wir die Menschen gegen uns [gewendet]«, »niemand wollte Konterrevolution« – alle forderten den Abzug der sowjetischen Truppen. Die sowjetische Regierungserklärung und die Verkündung der Neutralität wurden begrüßt, die Arbeiter hätten daraufhin die Wiederaufnahme der Arbeit angekündigt.

Die erneuten Truppentransporte nach Ungarn hätten die Massen und auch die Regierung aufgeregt – Andropows Ausreden, es handle sich um Umgruppierungen, oder um den Rücktransport von Verwundeten, erweckten den Eindruck, daß »die Sowjetregierung die ungarische Regierung zum Narren hält«. Darum habe auch er – Kádár – für die Neutralitätserklärung und die Schaffung eines Koalitionskabinetts gestimmt. Wollte man Ungarn mit militärischer Kraft behalten, werde es bewaffnete Zusammenstöße geben und die moralische Position der Kommunisten werde mit Null gleich sein, fügte Kádár hinzu.

Am 2. November verabschiedete die sowjetische Parteiführung den Tagesbefehl von Marschall Konjew zum 4. November; während Suslow, Mikojan und Schepilow die anderen Dokumente, [den] Aufruf der ungarischen Regierung – der »Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung« – vorbereiteten.

In der Sitzung am 3. November, nach 18.45 Uhr, waren Kádár und Münnich wiederum anwesend. Kádár zeigte bereits sein Einverständnis mit der Kreml-Führung, daß ein sozialistisches Land nicht der Konterrevolution überlassen werden dürfe – dennoch brachte er nochmals einige eigene Standpunkte zur Sprache: Es lohne sich, über die Fehler zu sprechen, die nationalen Gefühle wurden verletzt, Änderungen des Staatswappens, Änderung der Uniformen, der Namen von Straßen und Städten nach Politikern der Sowjetunion. »Diese Regierung soll keine Marionettenregierung werden, zu ihrer Tätigkeit bedarf sie der Unterstützung der Arbeiter«, sagte Kádár.

Abschließend wurde die Zusammensetzung der Regierung besprochen, und Kádár als Ministerpräsident festgelegt. Die Abfahrt aus Moskau sollte am 4. November früh zwischen 7 und 8 Uhr erfolgen.

Kurz davor, um 4.15 Uhr setzte die sowjetische Militäraktion gegen Budapest und gegen das Land ein.

Neue ungarische Literatur zum Thema:

Döntés a Kremlben, 1956. A szovejet pártelnökség vitái Magyarországról. (Entscheidung im Kreml, 1956. Die Debatten des sowjetischen Parteipräsidiums über Ungarn). Hrsg. Hegedüs B. András, 1956-os Intézet, Budapest 1996, 256 S.

Békés Csaba, Az 1956-os magyar forradalom a világpolitikában. (Die ungarische Revolution von 1956 in der Weltpolitik). Studie und ausgewählte Dokumente, 1956-os Intézet, Budapest, 1996, 184 S.

Gyurkó László, 1956. Monographie. Verlag Szabad Tér, Budapest 1996, 589 S.

A fogoly Bibó István vallomásai az 1956-os forradalomról. (Geständnisse des Gefangenen István Bibó über die Revolution von 1956), Intézet, Budapest 1996, 216 S.